

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 3. Sitzung des Ortsbeirates Cotta (OBR Co/003/2015)

am Donnerstag, 5. Februar 2015,

18:00 Uhr

**im Ortsamt Cotta, kleiner Sitzungssaal, 1. Etage, Raum 103,
Lübecker Straße 121, 01157 Dresden**

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Irina Brauner

Mitglied Liste CDU

Christine Engelmann

Christoph Höpfner

Torsten Nitzsche

Dr. Maik Peschel

Monika Schiemann

Mitglied Liste DIE LINKE

Uwe Baumgarten

Barbara Behncke

Marlis Goethe

Heike Krause

Manuela Sägner

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Alexander Bigga

Georg Jänecke

Anne Lehmann

Mitglied Liste SPD

Henrik Ahlers

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Peter Berauer

Hans-Joachim Klaudius

Mitglied Liste FDP

Holger Hase

Mitglied Liste PIRATEN

Florian André Unterburger

Mitglied Liste NPD

Elke Opitz

Stellvertretende Mitglieder

Andrea Israel

Jessika Markert

Vertretung für Herrn Ralf Gersdorf

Vertretung für Herrn Andreas Barth

Abwesend:

Mitglied Liste CDU

Ralf Gersdorf

Mitglied Liste SPD

Andreas Barth

Verwaltung:

Frau Winkler
Herr Häßner

Integrations- und Ausländerbeauftragte
Stadtplanungsamt

Herr Dr. Klein
Herr Weber

Amt für Kultur und Denkmalschutz
STESAD/KID

Gäste:

Herr Seifert

DICON

Schriftführer/-in:

Frau Marbach

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
 - 2.1 Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020) **V0220/14 beratend**
 - 2.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6006, Dresden-Cotta, Am Frosch **V0123/14 beratend**

hier:
Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan
 - 2.3 Bebauungsplan Nr. 66, Dresden-Cotta Nr. 1, Rathaus Cotta **V0124/14 beratend**

hier:
Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan
 - 2.4 Neuerrichtung der Werkstätten für die Staatsoperette Dresden und das tjg.theater junge generation - Veränderung Standort **V0138/14 beratend**
- 3 Informationen, Hinweise und Anfragen

öffentlich**1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung**

Die Ortsamtsleiterin begrüßt die Damen und Herren Ortsbeiräte sowie die anwesenden Gäste zur 3.Sitzung des Ortsbeirates Cotta. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der vorliegenden Tagesordnung wird zugestimmt. Zur Niederschrift der 2. Sitzung des OBR gibt es keine Hinweise oder Ergänzungen.

2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates**2.1 Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020)****V0220/14
beratend**

Die Ortsamtsleiterin begrüßt Frau Kristina Winkler, Vertreterin der Integrations- und Ausländerbeauftragten, zur Umsetzung des Integrationskonzeptes.

Frau Winkler rückt zunächst die letzten Jahre in den Fokus ihrer Erläuterung. Bereits 2009 habe der Stadtrat ein Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten beschlossen, das der Verwaltung den Auftrag zu jährlicher Berichterstattung erteilt habe. Zur Konkretisierung der Ziele und Maßnahmen solle alle zwei Jahre und zur Fortschreibung bzw. Neufassung aller vier Jahre berichtet werden.

Den personellen Problemen geschuldet, konnten diese ehrgeizigen Zielsetzungen leider nicht umgesetzt werden. Nunmehr läge jedoch das aktuelle Integrationskonzept für den Zeitraum bis 2020 vor.

Gegründet sei das Konzept auf einer ausführlichen Situationsanalyse in elf kommunalen Handlungsfeldern und habe als inhaltliche Zielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund, die fachlich Beschäftigten der Stadtverwaltung, der Eigenbetriebe sowie Fachkräfte der Dresdner Integrationsarbeit. Neu zum Konzept hinzugekommen seien Menschen, die bei uns Asyl suchen.

Ziele der Dresdner Integrationspolitik seien unter anderem die Weiterentwicklung der Willkommens- und Anerkennungskultur, die Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen für den gleichberechtigten Zugang und Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bis 2020, die verbesserte Einbeziehung der Menschen mit Migrationshintergrund in das politische und gesellschaftliche Leben u.a.m.

Das Konzept schlage eine Vielzahl von Maßnahmen vor, die beschriebenen Ziele zu erreichen. So solle eine Verbesserung der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen erreicht und die politische Arbeit des Ausländerrates gestärkt werden.

Für Drittstaaten-Angehörige solle die Möglichkeit der Wahrnehmung am kommunalen Wahlrecht geprüft und nach Möglichkeit gesetzlich verankert werden. Dafür setze man sich bei den zuständigen Stellen ein.

Weiterhin soll die Einführung einer Krankenversicherungskarte für Asylsuchende erreicht werden. Bereichsübergreifend müsse sich die interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung weiterentwickeln.

Die Erarbeitung des Konzeptes sei von einem Beteiligungsverfahren begleitet worden, erläutert Frau Winkler. So habe es zwischen dem 23.09. und 24.10.2014 eine öffentliche Beteiligung und am 10.10.2014 eine öffentliche Anhörung gegeben. 21 mündliche bzw. schriftliche Stellungnahmen von Einzelpersonen, Organisationen oder Gruppen seien eingegangen. Die Ergebnisse dieser Diskussion finden sich als Anlage 2 der Vorlage wieder.

Damit das Konzept wirksam werde, müssten Stadtrat und Verwaltung gemeinsam kontinuierlich Verantwortung für die Umsetzung der Maßnahmen übernehmen. Eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung und Diskussion sei ebenso notwendig, wie die interkulturelle Orientierung und Öffnung der Verwaltung. Neben der Stärkung der politischen Bildung zum Abbau von Symptomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit müssten ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen in den Fachbereichen bereitgestellt werden.

Frau Opitz interessiert sich für die finanzielle Untersetzung.

Diese sei gegeben - die Mittel stünden bereit, antwortet Frau Winkler.

Herr Bigga bedankt sich bei Frau Winkler für die Vorstellung und möchte wissen, wie zufrieden sie mit der Bürgerbeteiligung sei. Er weist darauf hin, dass seine Fraktion einen Ergänzungsantrag stellen würde.

Frau Krause möchte wissen, inwieweit der EB Kita einbezogen sei, ob es einen Sammelpunkt für bürgerschaftliches Engagement gäbe und wie es um das Wahlrecht von Migranten stünde.

Die Bürgerbeteiligung sei zufriedenstellend gewesen, antwortet Frau Winkler. Der Eigenbetrieb Kita sei in die Konzeption einbezogen; vieles davon fände sich im Fachplan Kita wieder, der in den nächsten Wochen dem Ortsbeirat vorgestellt würde. Die Einrichtung eines Sammelpunktes für bürgerschaftliches Engagement läge in der Zuständigkeit des Sozialamtes. Ihr sei bekannt, dass ein solcher Sammelpunkt derzeit eingerichtet werde, antwortet Frau Winkler. Ein Wahlrecht bestünde derzeit nur nach Einbürgerung, dies sei jedoch ein Bundes-thema. Es gäbe Bemühungen und Gespräche, um an diesen gesetzlichen Grundlagen in der Zukunft etwas zu ändern und Wahlrecht für einen größeren Personenkreis herzustellen.

Herr Klaudius kritisiert, dass sich im Konzept nicht widerspiegle, welche Gefahren von Migranten ausgehen würden und wie groß die Gefahr der Entstehung von Parallelgesellschaften sei.

Dem schließt sich Herr Nitzsche an und erläutert dies am Beispiel von Badezeiten für moslemische Frauen in öffentlichen Bädern der Stadt. Auch ist er der Meinung, dass man die Migranten differenzieren müsse. Es müssten die Hintergründe und Probleme der Migranten geprüft werden, die zur Entscheidung beigetragen hätten, in Deutschland leben zu wollen.

Er möchte von Frau Winkler wissen, ob es denn Aufgabe der Landeshauptstadt sei, sich für ein Wahlrecht für Migranten stark zu machen.

Frau Winkler erläutert zunächst, dass das Konzept an den Strukturen ansetze. Der Begriff Migranten sei breit gefächert. Es bezöge alle Menschen ein, die zugewandert seien, dabei würden die Zuwanderungsgründe zunächst nicht berücksichtigt. Das Konzept stellt ein Angebot dar, dessen Ziele schwer zu messen seien. Dafür benötige man eine breite Datenbasis; Indikatoren müssten geschaffen werden.

Die Herstellung von Parallelgesellschaften, z. Bsp. durch die Vorhaltung von Schwimmzeiten für moslemische Frauen, sehe sie nicht gegeben. Diese Gefahr bestünde ihrer Meinung nach viel eher, wenn keine Integrationsangebote geschaffen würden.

Die Änderung des Wahlrechts benötige eine Änderung des Grundgesetzes, fährt Frau Winkler fort. Sie ist der Meinung, dass es wichtig und notwendig sei, dass Migranten, die schon viele Jahr in unserer Stadt leben, auch das Recht haben sollten den Stadtrat zu wählen.

Herr Nitzsche möchte noch von Frau Winkler wissen, warum die Landeshauptstadt Dresden den Ausländerbeirat unterstütze.

Dazu hätte sich der Stadtrat bereits ausgesprochen.

Herr Berauer kritisiert den Umfang der Begründungen zu den einzelnen Beschlusspunkten.

Frau Winkler kann darin kein Problem erkennen. Der Umfang der Begründung ergebe sich aus dem jeweiligen Beschluss.

Herr Bigga stellt einen interfraktionellen Ergänzungsantrag vor. Der Ergänzungsantrag beinhaltet eine verbesserte und vereinfachte gesundheitliche Versorgung von Asylsuchende.

Herr Bigga schlägt vor, den Beschlusstext der Vorlage um einen Punkt 1a wie folgt zu ergänzen:

„Die Oberbürgermeisterin soll sich für eine verbesserte und vereinfachte gesundheitliche Versorgung von Asylsuchenden einsetzen und dazu mit einer Krankenkasse die Übernahme der Krankenbehandlung von Leistungsberechtigten nach den §§ 1, 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) durch die Ausgabe von Versichertenkarten gewährleisten.“

Städte wie Hamburg und Bremen hätten solche Verfahren schon eingeführt. Sie entlasten die Verwaltung, Ärzte und Asylsuchenden von zusätzlicher Bürokratie und garantieren schnelle und zweckmäßige Behandlung von Krankheiten.

Herr Klaudius gibt zu bedenken, dass es ein einfaches Verfahren sei, auch die Patienten die ohne Chipkarte kämen im System abzurechnen. Es stelle jedoch für die Krankenkasse einen enormen finanziellen Aufwand dar. Zudem sei dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

Frau Markert erläutert, dass sich durch das vereinfachte Verfahren der Weg zum Sozialamt weg fiele, was sowohl dem Asylsuchenden als auch dem Sozialamt wesentliche Vorteile böte.

Frau Winkler bestätigt, dass man in Dresden einen erneuten Versuch starten wolle, ein entsprechendes Verfahren zu etablieren, nachdem es vor einiger Zeit gescheitert war.

Herr Dr. Peschel übergibt der Ortsamtsleiterin eine Ergänzungsantrag seiner Fraktion, ebenfalls zu Punkt 1 (b-f) des Beschlusses. Eine punktweise Abstimmung wird von den Damen und Herren Ortsbeiräten der CDU gewünscht.

Herr Berauer bringt ebenso einen Ergänzungsantrag vor, der einen neu aufzunehmenden Beschlusspunkt 5 beinhaltet.

Die Ortsamtsleiterin beginnt die Abstimmung mit dem Interfraktionellen Antrag

Punkt 1 a

„Die Oberbürgermeisterin soll sich für eine verbesserte und vereinfachte gesundheitliche Versorgung von Asylsuchenden einsetzen und dazu mit einer Krankenkasse die Übernahme der Krankenbehandlung von Leistungsberechtigten nach den §§ 1, 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) durch die Ausgabe von Versichertenkarten gewährleisten.“

Abstimmung: 11 Ja 4 Nein 6 Enthaltungen - angenommen

Punkt 1 b

„Das strategische Personalentwicklungskonzept der LH Dresden ist im Hinblick auf interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter, z. Bsp. Sprachschulungen und Personalaustausch zwischen den Partnerstädten, fortzuschreiben“

Abstimmung: 15 Ja 0 Nein 6 Enthaltungen - angenommen

Punkt 1 c

„Die Bürger sind frühzeitig bei Standortentscheidungen zu Wohnheimen einzubeziehen.“

Abstimmung: 13 Ja 0 Nein 8 Enthaltungen - angenommen

Punkt 1 d

„Aufgrund der Gruppenspezifika von Migrantinnen und Migranten (Studenten, Fachkräfte, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte, Aussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge, geduldete/ausreisepflichtige Ausländer) werden besondere Bedürfnisse für Integrationsleistungen definiert.“

Abstimmung: 9 Ja 10 Nein 2 Enthaltungen - abgelehnt

Punkt 1 e

„Es werden klare Anforderungen des Zusammenlebens in der Dresdner Stadtgesellschaft („Hausordnung“) gegenüber den Migrantinnen und Migranten definiert“

Abstimmung: 9 Ja 11 Nein 1 Enthaltung - abgelehnt

Punkt 1 f

*„Es wird eine Studie zu den Einstellungen der Migrantinnen und Migranten zu wichtigen (aus dem Grundgesetz abgeleiteten) Punkten wie Stellung der Frau und ~~Behinderten~~, **Menschen mit Behinderung**, Religions-, Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit und Umwelt- und Naturschutz und Einstellungen zu körperlicher Gewalt in Auftrag gegeben und getrennt nach den bereits beschriebenen Gruppen ausgewertet werden.*

Seitens Die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen werden die gebrauchten Begrifflichkeiten wie „Hausordnung“ und „Behinderte“, des CDU Antrages bemängelt, woraufhin die Begrifflichkeit Behinderter in Menschen mit Behinderung korrigiert werden.

Abstimmung: 8 Ja 12 Nein 1 Enthaltungen - abgelehnt

Im Weiteren wird über den Antrag der AfD abgestimmt.

Als Beschlusspunkt 5 der Vorlage soll aufgenommen werden:

„Der Beschluss zu Antrag A0561/12 ist aufzuheben.“

Abstimmung: 2 Ja 18 Nein 1 Enthaltung - abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt das „Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020).“
2.
 - a) **Die Oberbürgermeisterin soll sich für eine verbesserte und vereinfachte gesundheitliche Versorgung von Asylsuchenden einsetzen und dazu mit einer Krankenkasse die Übernahme der Krankenbehandlung von Leistungsberechtigten nach den §§ 1, 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) durch die Ausgabe von Versichertenkarten gewährleisten.**
 - b) **Das strategische Personalentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Dresden ist im Hinblick auf interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter, z. Bsp. Sprachschulungen und Personalaustausch zwischen den Partnerstädten, fortzuschreiben.**
 - c) **Die Bürger sind frühzeitig bei Standortentscheidungen zu Wohnheimen für Asylbewerber einzubeziehen.**
3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat zur Umsetzung des Konzeptes im Jahr 2017 schriftlich Bericht zu erstatten.
4. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat spätestens im Jahr 2020 einen Vorschlag zur Fortschreibung bzw. Neufassung des Integrationskonzeptes vorzulegen.
5. Alle Maßnahmen des „Integrationskonzeptes 2015 - 2020“ sind innerhalb der den Geschäftsbereichen im jeweiligen Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 17 Nein 3 Enthaltung 1

**2.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6006, Dresden-Cotta,
Am Frosch****V0123/14
beratend****hier:****Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum vorhabenbezo-
genen Bebauungsplan**

Die Ortsamtsleiterin begrüßt Herrn Häßner, Stadtplanungsamt, zur Vorstellung der Vorlagen zu TOP 2.2. und TOP 2.3.

Herr Häßner fasst in kurzen Worten zusammen, was der Vorhabenträger mit dem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 6006, Dresden-Cotta, Am Frosch für Veränderungen vorgesehen hatte. Aus zwei Gründen könne der Vorhabenträger, Fa. DICON, die gewünschte Planung nicht weiter betreiben. DICON OHG habe keine Verfügungsberechtigung mehr über die Bestandsliegenschaft Raimundstraße 1 /Lübecker Straße 108. Deshalb sei sie nicht mehr in der Lage, das Planverfahren rechtskonform zum Abschluss zu bringen. Außerdem habe die Landesdirektion im Zusammenhang mit der Prüfung der Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren zum Stadtring West/Ausbau Emerich-Ambros-Ufer eine Parallelplanung verboten.

Herr Dr. Peschel möchte wissen, warum die Aufhebung des VB-Planes zum jetzigen Zeitpunkt erfolge.

Herr Häßner bezieht sich auf seine Vorrede. Die Landesdirektion habe die Landeshauptstadt aufgefordert die Parallelplanungen zu beheben und der Vorhabenträger könne nicht mehr über die zu beplanenden Flächen verfügen.

Herr Bigga möchte wissen, was weiterführend mit den Flächen vorgesehen sei, er könne sich an die Vorstellung der Planungen zum sogenannten „Cottaer Bogen“ erinnern, der für diese Fläche Begrünung vorsah.

Dies bestätigt Herr Häßner. Die Flächen, die zwischen dem gegenwärtigen Einkaufszentrum und den Flächen der Verkehrsplanung übrig blieben, würden als Ausgleichsflächen der Begrünung durch Anlegen eines kleinen Parkes dienen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau beschließt, den Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 6006, Dresden-Cotta, Am Frosch, aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0

2.3 Bebauungsplan Nr. 66, Dresden-Cotta Nr. 1, Rathaus Cotta**V0124/14
beratend****hier:****Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan**

Herr Häßner erläutert, dass es sich bei dem Bebauungsplan Nr. 66, Dresden-Cotta, Nr. 1, Rathaus Cotta um einen Bebauungsplan handle, der wie viele andere 1990 zur Aufstellung kam und einen sehr großen Gebietsumfang habe. Dies mache ihn u. a. schwer handhabbar.

Er sei seit 25 Jahren im Bestand, es wurden aber keine weiteren Planungsschritte vollzogen. Aus bauplanungsrechtlicher Sicht wird eingeschätzt, dass die städtebaulichen Entwicklungsziele dieses Gebietes auch ohne ein förmliches Bauleitplanverfahren auf der aktuell gültigen Rechtsgrundlage des § 34 BauGB hinreichend im Rahmen des Geltungsbereiches erreicht werden könnten.

Da auch dieser Bebauungsplan eine Parallelplanung darstelle, gelte für ihn das gleiche Verbot der Landesdirektion, wie bei der Planung des VB-Planes Nr. 6006.

Herr Dr. Peschel kann die Aufhebung nicht verstehen. Das Gebiet wäre vernachlässigt und benötige unbedingt eine Aufwertung und Abrundung des Ortschaftszentrums.

Herr Häßner erläutert noch einmal, dass einer weiteren Bebauung und Abrundung des Ortschaftszentrum nichts im Wege stünde. Im Gegenteil, dies würde seitens des Stadtplanungsamtes sogar begrüßt und befördert.

Herr Häßner bittet den anwesenden Vertreter der Fa. DICON, Herrn Seifert, kurz ein paar Worte zur geplanten Investition im Bereich Hebbelstraße/Tonbergstraße zu sagen.

Herr Seifert führt aus, dass die Fa. DICON im Bereich der vorgenannten Straßen ein Altenpflegeheim plane. Dies würde eine Lücke im Bereich des Platzes schließen und den Platz als solchen definieren.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau beschließt, den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 66, Dresden-Cotta Nr. 1, Rathaus Cotta aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 19 Nein 1 Enthaltung 1

2.4 Neuerrichtung der Werkstätten für die Staatsoperette Dresden und das tjg.theater junge generation - Veränderung Standort V0138/14 beratend

Die Ortsamtsleiterin begrüßt Herrn Dr. Klein, Amt für Kultur und Denkmalschutz, sowie Herrn Walter von der STESAD.

Herr Dr. Klein erläutert den Inhalt der Beschlussvorlage. Der Beschluss zum Spielstättenbau für die Staatsoperette Dresden und das tjg am Standort Kraftwerk Mitte sei bereits im Jahre 2013 gefasst worden. Die heute vorliegende Vorlage sei somit Bestandteil dieses Beschlusses. In der vorliegenden Vorlage gehe es um den Neubau des Werkstättengebäudes am Standort des heutigen tjg.

Verändert hätte sich, dass das neue Werkstättengebäude nicht mehr auf der östlichen sondern nunmehr auf der westlichen Seite errichtet werden sollte, erklärt Herr Walter. Dies hätte den Vorteil, dass das alte Werkstättengebäude weiter genutzt werden könne, bis der Neubau fertig gestellt sei. Dazu müssten noch die notwendigen Grundstücke an die KID übertragen werden.

Nach Abriss des alten Werkstattgebäudes ist die Renaturisierung der Flächen ebenso vorgesehen, wie die Umsetzung des Labyrinthes und der Feuerstelle. Diese Maßnahmen erfolgen aus dem Projektbudget des Kraftwerk Mitte. Die Anlagen sowohl östlich als auch westlich des tlg sollen nach Neubau der Werkstätten wieder einer öffentlichen Nutzung zugeführt werden.

Der Ausschuss für Kultur habe in seiner letzten Sitzung dem Stadtrat die Beschlussempfehlung mitgegeben, die Wiederherstellung des Parkes unmittelbar nach Fertigstellung der neuen Werkstätten in die Wege zu leiten. Die sich derzeit im Budget der KID befindlichen Mittel ließen nur ein Einebnen und Begrünen der Fläche der alten Werkstätten zu.

Die Umsetzung des Labyrinthes und die Wiederherstellung der Feuerstelle sollen in enger Zusammenarbeit mit der IG Briesnitz und dem Frauenbildungswerk erfolgen.

Herr Dr. Klein weist darauf hin, dass die Vorlage auf Intention des Theaters entstanden sei, da nur durch die nun vorliegende Verfahrensweise das tlg durchgängig im Spielbetrieb verbleiben kann.

Frau Opitz möchte wissen, warum die Werkstätten nicht in der Nähe der neuen Spielstätten untergebracht werden konnten.

Herr Walter erklärt, dass der am Standort vorhandene Platz nicht die optimalen Bedingungen für einen Werkstattneubau aufgewiesen hätte. So hätte man die Werkstätten in zweigeschossiger Bauweise herstellen müssen. Dies hätte viele Nachteile. Im Vorfeld der Planungen zum Werkstattneubau habe man sich umfassend über die notwendigen Bedingungen informiert und z. Bsp. engen Erfahrungsaustausch mit den Werkstätten der Oper betrieben.

Herr Ahlers möchte wissen, was aus dem Hügeln im westlichen Teil des Briesnitzparkes würde.

Diese Hügel würden für den Werkstattneubau weichen müssen, erklärt Herr Walter.

Herr Jänecke beantragt das Rederecht für die anwesenden Bürger, welches gewährt wird.

Herr Müller bedauert die gegebene Situation. Der Werkstattneubau im Briesnitzpark sei eine Notlösung. Der Briesnitzpark fiele erneut einem Bauvorhaben zum Opfer, die geplante Aufwertung des Parkes, an welchem viele interessierte Akteure seit ca. zwei Jahrzehnten beteiligt waren (IG Briesnitz, Frauenbildungswerk, Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft), sei hinfällig. Die weitere Nutzung des jetzigen Theatergebäudes sei fraglich und daraus folgend, ob das gesamte Projekt dem Standort überhaupt eine Aufwertung oder Gewinn bringe. Die jahrelange ehrenamtliche Arbeit wäre dann umsonst.

Herr Nitzsche möchte wissen, welche Standorte für neue Werkstätten geprüft wurden. Er ist der Meinung, dass der Verkauf des tlg ohne den neuen Werkstattbau evtl. einfacher wäre.

Herr Weber erklärt, dass Standorte wie Coschütz-Gittersee oder das Ostragehege geprüft worden. Der Werkstättenneubau am geplanten Standort hätte beim Vergleich von Kosten und Know How in jedem Falle am besten abgeschnitten.

Herr Dr. Peschel stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf eine kurze Beratungspause. Diesem wird mehrheitlich zugestimmt.

Im Fortgang der Sitzung werden folgende Ergänzungsanträge abgestimmt.

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion als Punkt 4 und 5 der Vorlage:

4. **Unmittelbar nach der Errichtung des neuen Werkstattgebäudes und dem danach erfolgtem Rückbau des alten Werkstattgebäudes ist der durch den Neubau des Werkstattgebäudes nicht mehr nutzbare "Volkspark Briesnitz" am vorgesehenen Standort zu errichten. Die Kosten für die Wiederherstellung sollen im Haushalt 2017 eingeplant werden. Die Wiederherstellung soll insbesondere durch die finanzielle Förderung des vorhandenen bürgerschaftlichen Engagements vor Ort ermöglicht werden.**
5. **Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, ein Konzept zur Wiederherstellung des Volksparks Briesnitz gemäß Anlage 2 zu entwickeln und dem Stadtrat bis Dez. 2015 zur Beschlussfassung vorzulegen.**

Abstimmung: 18 Ja 0 Nein 2 Enthaltungen

(ein Ortsbeirat hat die Sitzung zu diesem Zeitpunkt verlassen)

Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion:

6. **Es ist sicherzustellen, dass der Zugang zum Elberadweg gewährleistet bleibt.**

Abstimmung: 20 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Im Zuge der Errichtung neuer Spielstätten für die Staatsoperette Dresden und das tjg.theater junge generation im ehemaligen Kraftwerk Mitte wird das gemeinsame Werkstattgebäude wie in Anlage 1 dargestellt ohne zeitliche Unterbrechung ab sofort realisiert. Die vorgeschlagene Variante ersetzt den Bauvorschlag für das Werkstattgebäude aus dem Stadtratsbeschluss zu V2369/13 „Generalübernehmervertrag und Finanzierungskonzept zur Errichtung der Theaterspielstätten im ehemaligen Kraftwerk Mitte“.
2. Der KID werden die für die Realisierung des Vorhabens notwendigen Grundstücke (Flurstücke 1/1 Gem. Cotta und 1/1 Gem. Briesnitz) Dresden-Cotta (siehe Anlage 1) als Kapitaleinlage übertragen.
3. Der Stadtrat nimmt die veränderte Terminplanung (siehe Begründung) zur Kenntnis
4. **Unmittelbar nach der Errichtung des neuen Werkstattgebäudes und dem danach erfolgtem Rückbau des alten Werkstattgebäudes ist der durch den Neubau des Werkstattgebäudes nicht mehr nutzbare "Volkspark Briesnitz" am vorgesehenen Standort zu errichten. Die Kosten für die Wiederherstellung sollen im Haushalt 2017 eingeplant werden. Die Wiederherstellung soll insbesondere durch die finanzielle Förderung des vorhandenen bürgerschaftlichen Engagements vor Ort ermöglicht werden.**

5. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, ein Konzept zur Wiederherstellung des Volksparks Briesnitz gemäß Anlage 2 zu entwickeln und dem Stadtrat bis Dez. 2015 zur Beschlussfassung vorzulegen.
6. Es ist sicherzustellen, dass der Zugang zum Elberadweg gewährleistet bleibt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0

3 Informationen, Hinweise und Anfragen

Die Ortsamtsleiterin weist darauf hin, dass es ab sofort unter dem Tagesordnungspunkt „Informationen, Hinweise und Anfragen“ einen Unterstrich „aktuelle Informationen zum Thema Asyl“ geben werde.

Viele Informationen wären in den letzten Wochen an die Ortsbeiräte ausgereicht worden, z. Bsp.: - „Asylbewerber und Flüchtlinge im Freistaat Sachsen“
- Musterbetreiberverträge zu den Asylbewerberheimen
- diverse Hinweise zu Terminen und Veranstaltungen

Die Vorlage V0085/15 zu den Standorten für zukünftige Asylbewerberheimen ist am 11./12. Dezember 2014 im Stadtrat beschlossen worden, fährt die Ortsamtsleiterin fort.

Für die Zukunft hätte Sie geplant, unter dem Anstrich „aktuelle Informationen zum Thema Asyl“ verschiedenen Netzwerkern die Gelegenheit zu geben, ihre Arbeit im Ortsbeirat vorzustellen.

Im OA Cotta gebe es derzeit 115 Gewährleistungswohnungen mit 750 Plätzen. Die Betreuung erfolgt durch Sozialarbeiter. Der Betreuungsschlüssel solle erhöht werden. Das Heim auf der Tharandter Straße sei am 4. Februar 2015 ans Netz gegangen und wurde bezogen.

Herr Bigga berichtet vom Netzwerk „Willkommen in Löbtau“, welches aus interessierten Löbtauern, aber auch aus der „Löbtauer Runde“ entstanden sei. Man habe bisher verschiedene Arbeitsgruppen gebildet. Er informiert über verschiedene Veranstaltungen die bereits stattgefunden hätten und über zukünftige Termine. Frau Goethe ergänzt die Ausführungen.

Zu erreichen sei das Netzwerk „Willkommen in Löbtau“ unter: asyl@loebtau.org.de

Die Damen und Herren Ortsbeiräte tauschen sich darüber aus, ob es möglich sei, Willkommenskultur aus Spendengeldern zu finanzieren

Herr Klaudius empfindet die ausgereichte Broschüre „Flucht und Asyl in Sachsen“ als unausgewogen.

Zur Anfrage von Frau Engelmann aus der letzten Sitzung bezüglich eines weiteren Asylbewerberheimes im OA Cotta antwortet die Ortsamtsleiterin, dies sei ein Prozess, es werde weiterhin nach geeigneten Objekten gesucht und es würden der Stadt auch weitere Angebote übergeben. Informationen zu den Objekten werde es aber erst dann geben, wenn geprüft wurde, ob sich der Standort überhaupt eignen würde.

Herr Baumgarten weist auf eine Veranstaltung am 25.02.2015 im Mittelpunkt hin.

Im Fortgang der Sitzung informiert die Ortsamtsleiterin über eine Bürgerversammlung zum FNP und zum LSP am 12.03.2015, 17.00 Uhr im großen Saal Rathaus Cotta, welche durch die Fachämter durchgeführt werde.

Die Ortsamtsleiterin bittet die Damen und Herren Ortsbeiräte sich innerhalb der jeweiligen Gruppe auf eine bleibende Sitzordnung zu verständigen.

Das OA Cotta wurde aufgefordert Flächen zu benennen, an denen Graffitikünstler legal sprays könnten. Diese Anfrage möchte die Ortsamtsleiterin an die Damen und Herren Ortsbeiräte weiter geben. Wenn es dazu Vorschläge gebe, könnten diese per Mail an das Ortsamt gesandt werden.

Es werden zwei Listen ausgereicht, in welche sich die Ortsbeiräte bitte eintragen sollen. Die erste Liste benennt alle Fachausschüsse, in die Ortsbeiräte zu bestimmten Tagesordnungspunkten entsandt werden könnten.

In einer zweiten Liste wird erfasst, wer Informationsvorlagen in Papierform erhalten möchte bzw. wer sie sich selbstständig aus dem Ratsinformationssystem ziehe.

Zur Anfrage an die Oberbürgermeisterin läge eine Antwort vor, die allen ausgereicht worden sei. Die Maßnahme Bordsteinabsenkung am Pulvermühlenpark sei nunmehr umgesetzt, die Antwort auf die Markierung läge jedoch nicht vor. Man verständigt sich darauf, diese Antwort noch nachzufordern.

Zu den Anfragen aus der letzten Sitzung.

Die Ortsamtsleiterin weist darauf hin, das durch das Ortsamt Cotta nur Fragen beantwortet werden können, die sich auf die Zuständigkeit der Verwaltung bezögen. Diese würden durch das OA Cotta an die zuständigen Fachämter weitergeleitet. Sie bittet darum Selbige dem Ortsamt in Schriftform, gern auch per Mail, zu übergeben.

Anfragen außerhalb der Zuständigkeiten der Verwaltung, könnten in der Regel nicht beantwortet werden.

Die Anfrage von Frau Goethe zu den Schäden an der Braunsdorfer Straße wurde durch das Straßen- und Tiefbauamt beantwortet und an Frau Goethe ausgereicht.

Zur Anfrage von Herrn Dr. Peschel erläutert die Ortsamtsleiterin, dass nach dem Hochwasser im Juni 2013 eine Instandsetzung des Weges im Bestand erfolgte. Weitere bauliche Maßnahmen seien nicht angedacht.

Zu den Anfragen von Frau Lehmann und Frau Engelmann bezüglich der Baumfällungen im Bereich der Schaumbergerstraße/Leutewitzer Park wird die Beschlusslage erläutert.

Am 10.04.2014 hat der Ortsbeirat Cotta in seiner 43. Sitzung einstimmig über die Aufstellung einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 441, Dresden-Leutewitz Nr. 1, Ockerwitzer Straße beschlossen. Die Ortsamtsleiterin vertrete diesen Beschluss nach außen.

Die Satzung sei jedoch noch nicht durch den Stadtrat beschlossen.

Die in Rede stehende Fläche befindet sich in Privatbesitz. Die Zuständigkeit läge bei der Unteren Forstbehörde, Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft. Die Beschwerde sei Selbiger bereits bekannt.

Herr Baumgarten spricht sich positiv dazu aus, dass die Arbeitszeiten der Quartiersmanager auf 32 Stunden angehoben wurden wären.

Herr Baumgarten möchte für „Die Linke“ eine Anfrage an die Oberbürgermeisterin stellen. Es erfolgt eine Diskussion über den genauen Wortlaut.

Herr Klaudius stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Sitzung.

Herr Bigga spricht sich für die Fortsetzung der Sitzung aus, da es sich nun nur noch um einige Minuten handle.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Klaudius und Herr Berauer verlassen die Sitzung.

Nach Einigung über die Formulierung lautet diese wie folgt:

Anfrage an die Oberbürgermeisterin:

zur

Neuausschreibung der Stellen für das Quartiersmanagement Gorbitz

Wir bitten die Oberbürgermeisterin zu prüfen, ob die Weiterbeschäftigung des Quartiersmanagements auch ohne Ausschreibung möglich ist.

Begründung:

Herr Krause und Herr Müller sollten ohne Unterbrechung weiter für das Quartiersmanagement arbeiten können. Damit ist die Kontinuität des QM in den sozialen Brennpunkten in Dresden-Gorbitz weiter gewährleistet.

Abstimmung: 14 Ja 0 Nein 1 Enthaltung (weitere Ortsbeiräte haben die Sitzung verlassen, es sind noch 15 Mitglieder anwesend)

Irina Brauner
Vorsitzende

Ute Marbach
Schriftführerin

Frau Schiemann

Herr Hase